

"Arbeit statt Sozialhilfe" : die SKOS skizziert Lösungswege für die Flüchtlingsintegration

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **112 (2015)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840071>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NACHRICHTEN

Die Förderung von Grundkompetenzen stärken

Weiterbildung und das Sicherstellen von Grundkompetenzen bei Erwachsenen sind zentrale Anliegen der Sozialhilfe. Qualifizierte Sozialhilfebeziehende finden einfacher Zugang zum Arbeitsmarkt und benötigen tendenziell eher bloss ergänzend oder vorübergehend Sozialhilfe. Die SKOS begrüsst deshalb den Entwurf zur Verordnung zum neuen Weiterbildungsgesetz (WeBiV). Um die gewünschte Wirkung zu erzielen, müssen allerdings mehr Mittel als vorgesehen in die Weiterbildung fließen. Insbesondere muss intensiver in die Förderung von Grundkompetenzen investiert werden, damit Menschen mit ungenügenden Grundkompetenzen ihre Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt verbessern können.

Mit familienpolitischen Massnahmen gegen Armut

Der Caritas-Bericht «Wohin steuert die Schweiz in der Armutspolitik?» attestiert den Kantonen Fortschritte in der Armutspolitik, stellt aber auch fest, dass die meisten Kantone keine Familienpolitik betreiben, die systematisch darauf abzielt, Armut zu verhindern. Einzig der Kanton Bern verfüge über ein strategisches Dokument zur Familienpolitik aus der Armutsperspektive. Die Kantone könnten Familienarmut nur dann wirksam bekämpfen, wenn sie über Strategien verfügen, die auf einer fundierten Situationsanalyse basieren, Ziele vorgeben und Massnahmen definieren, die regelmässig evaluiert werden, schreibt Caritas und fordert neben den Kantonen auch den Bund auf, sich vertieft mit den Ursachen von Familienarmut zu beschäftigen und entsprechende Massnahmen zu treffen.

Mit gutem Beispiel voran

Das Logistikunternehmen Planzer und der Möbelhersteller Ikea haben öffentlich Interesse bekundet, Flüchtlinge als Arbeitskräfte einzustellen. Planzer hat gemäss eigenen Angaben viele Arbeitsplätze, bei denen Sprachkenntnisse nicht im Vordergrund stehen, etwa im Bereich Kommissionierung und Konfektionierung oder in Lagerhäusern und bei der Reinigung. Ikea will Praktikumsprogramme für Flüchtlinge anbieten und die Teilnehmenden später auch in der Logistik oder im Verkauf einsetzen.

«Arbeit statt Sozialhilfe»: Die SKOS skizziert Lösungswege für die Flüchtlingsintegration

Angesichts der stark steigenden Zahl von Asylsuchenden hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS Vorschläge für eine rasche und nachhaltige Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt veröffentlicht. Gleichzeitig fordert die SKOS einen «Runden Tisch Arbeitsintegration», in dessen Rahmen der Bund, die Kantone und Gemeinden sowie die Wirtschaft und die politischen Parteien gemeinsam Lösungen zur besseren Integration dieser Personen in den Arbeitsmarkt entwickeln können. Die SKOS ist besorgt über die grosse Zahl von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, die während längerer Zeit arbeitslos sind und die nach Ablauf der Finanzierungszuständigkeit des Bundes durch die kantonale und kommunale Sozialhilfe in ihrer Existenz gesichert werden müssen. Wenn die derzeit sehr tiefe Erwerbsquote von Personen aus dem Asylbereich nicht rasch und breitflächig gesteigert werden kann, kommen in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Zusatzbelastungen auf die Kantone und Gemeinden zu. Im Diskussionspapier «Arbeit statt Sozialhilfe», das die SKOS am 27. November in Bern den Medien vorge-



Damit die Integration gelingt, braucht es auch die aktive Beteiligung der Wirtschaft.

Bild: Daniel Desborough

stellt hat, skizziert die SKOS Lösungswege zu Handen der politisch verantwortlichen Akteure. Diese orientieren sich an einer zentralen Erkenntnis der Sozialämter betreffend Arbeitsintegration: Wer längere Zeit arbeitslos ist, beruflich unzureichend qualifiziert ist und die Sprache nicht beherrscht, hat besondere Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden. Die meisten Asylsuchenden sind jung und arbeitsfähig, aber beruflich nur schlecht qualifiziert. Damit Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in den Arbeitsmarkt integriert werden können, braucht es Programme zur Qualifizierung dieser Personen.

Die Vorschläge der SKOS orientieren sich an folgenden Eckpunkten:

- **Rascher Asylentscheid:** Damit asylsuchende Personen ohne Verzögerung in den Arbeitsprozess integriert werden können, muss innert kurzer Zeit nach der Einreise darüber entschieden werden, wer längerfristig in der Schweiz bleiben darf.
- **Rasche Qualifizierung:** Die berufliche Integration muss unmittelbar nach dem Entscheid über den Verbleib in der Schweiz beginnen.
- **Verpflichtung zur beruflichen Qualifizierung:** Die Teilnahme an einem beruflichen Qualifizierungsangebot muss für alle arbeitsfähigen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen zur gesetzlich verankerten Pflicht gemacht werden. Das entspricht dem in der Sozialhilfe verankerten Grundsatz von Fördern und Fordern.
- **Aktive Beteiligung der Wirtschaft:** Damit die angestrebte Integration gelingt, braucht es eine verbindliche und aktive Beteiligung der Wirtschaft.
- **Abbau von administrativen Hürden:** Die Hürden zur Beschäftigung von Personen aus dem Asylbereich müssen konsequent abgebaut werden.

Die SKOS will mit ihren Vorschlägen und Empfehlungen einen Beitrag dazu leisten, die berufliche Integration von Flüchtlingen zu verbessern, und ist sie bereit, mit ihrem Fachwissen aktiv an der Lösungsfindung mitzuarbeiten. ■

Papier «Arbeit statt Sozialhilfe» → www.skos.ch